

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Hilfsblätter aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Stinnes-Bleibe

Wer kennt nicht den hübschen Wit von jenem barmherzigen Mann, der seinem Pudel den Schwanz stützen wollte; um aber dem armen Tier nicht so große Schmerzen zu machen, schnitt er ihn nicht auf einmal ab, sondern jeden Tag ein Stückchen. Genau so ist die bürgerliche Presse in dem neuesten Fall Stinnes verfahren. Zuerst, Ende Mai, hieß es nur, es seien da zwei Brüder, die sich schlecht miteinander vertragen und deshalb übereingekommen seien, sich geschäftlich zu trennen. Edmund bleibt in Berlin und kriegt Versicherungen und Autos, Hugo der Jüngere regiert von Hamburg aus den Rest. Erst volle zehn Tage später erfährt die Welt so nebenbei, daß gelegentlich dieser Trennung einige kleine Schulden — zum Teil an ausländische Gläubiger — zu begleichen seien, für die der Firma das bare Geld fehle. Zwar seien es nur 20 bis 30 Millionen Mark — was ja wirklich für das Riesenunternehmen eine Bagatelle wäre — aber gleichwohl hätte die Firma sich um Hilfe an die Großbanken wenden müssen, und diese hätten eine Verkleinerung des Konzerns, das heißt den Verkauf eines Teils der Unternehmungen zur Bedingung gemacht. Für jeden, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge etwas näher kennt und darüber nachzudenken gewohnt ist, war hiermit schon gesagt, daß weit mehr dahinter stehen muß. Denn wenn eine Firma wie Stinnes nur um einen für sie so kleinen Betrag in augenblicklicher Verlegenheit wäre, bekäme sie den jederzeit von den Banken ohne Bedingungen — wenn auch vielleicht zu hohen Zinsen — vorgestreckt, oder sie würde ihn sich durch Verkauf irgend welcher für sie minder wichtigen Werke leicht selbst beschaffen, ohne sich das von den Banken vorschreiben zu lassen. Aber für denkende Leute sind solche Zeitungsnachrichten nicht bestimmt, und so konnte es die Frankfurter Zeitung mit bewunderndem Augenaufschlag einen „entsagungslosen Familienentzug“ nennen, daß die Firma auf die Bedingung einging. Das war am 4. Juni, und dieselbe Frankfurter Zeitung — ohne Zweifel das anständigste bürgerliche Blatt, das es in Deutschland gibt — bekam es fertig, in Fettdruck über die Mitteilung zu schreiben: „Für alle Verpflichtungen ordnungsmäßig vorgelagert.“ Obgleich doch jetzt schon mit Händen zu greifen war, daß das Gegenteil zutrifft! Einen Tag darauf wurden denn auch die fälligen Verbindlichkeiten bereits mit 100 bis 120 Millionen Mark angedeckt und es wurde bekannt, daß die Banken einschließlich der Reichsbank für ihre eigenen Forderungen ein Moratorium gewähren und darüber hinaus das Geld für solche Forderungen vorschießen wollten, die sich auf andere Weise nicht regeln lassen. Am 12. Juni meldete dann die Berliner Zeitung Welt am Abend, die in der ganzen Affäre von Anfang an merkwürdig gut unterrichtet war und immer etwas früher Bescheid wußte als die Frankfurter Zeitung — am 12. Juni meldete sie, daß die Schulden nicht 120, sondern annähernd 250 Millionen betragen und daß trotz aller Bemühungen der Banken wohl kein anderer Ausweg bleiben werde als der Konkurs. Ob hierin nicht einige Übertreibung steckt, ist in diesem Augenblick unbekannt. Nur soviel läßt sich sagen, daß die früheren Angaben der Welt am Abend sich sämtlich als richtig erwiesen haben und daß das Blatt noch am 16. Juni seine Behauptungen von den 250 Millionen wiederholt.

So stehen die Dinge in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden. Bis sie im Druck erscheinen, wird sich noch manches geändert, wahrscheinlich zugunsten der Eigentümer. Ist nun, wie sich plötzlich infolge dieser Vorgänge das Urteil über Hugo Stinnes hat, was in der bürgerlichen Welt gewandelt hat. Bisher hat man ihn immer als den großen Organisationsführer hingestellt, der es verstanden habe, seinen Konzern planmäßig immer weiter auszubauen im Hinblick auf immer größere Produktivität; also als einen der Männer, sogar als den größten der Männer, denen das heutige Volk den allmählichen Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu verdanken habe. Nach dem aber, was man jetzt in der bürgerlichen Presse liest, wäre Stinnes ein ganz gewöhnlicher Kammerdiener gewesen, genau von derselben Sorte wie Barmer, der ohne jede Planmäßigkeit, ohne besonderes organisatorisches Geschick, einfach zusammengekauft hätte, was er gerade kriegen konnte, teils aus Notgedrungen, teils um in der Inflationszeit sei Papiergeld möglichst schnell in Sachwerte umzuwandeln. So schrieb die Frankfurter Zeitung (Nr. 420 vom 11. Juni):

„Wenn man diejenigen Konzerne, die bisher von dem Abbauprozeß ergriffen worden sind (d. h. in erster Linie der Stinnes-Konzern usw.), des näheren betrachtet, so sieht man, daß es überall sich um Zusammenkauflagen handelt, die nicht geboren sind aus dem Streben nach technischer Rationalisierung... sondern um Anhäufungen von Unternehmungen der verschiedensten Art in einer Hand, wie sie nur aus dem allgemeinen Wellenlauf nach Sachwerten in der Inflationszeit geboren werden können.“

So vergeht der Ruhm in der bürgerlichen Welt! Wenig über ein Jahr erst ist der Mann tot, und schon sinkt er vom Fiebestuhl eines Helden unter den Wirtschaftsführern herab zu einem Kammerdiener, der sich nur in der Menge, aber nicht im Charakter von einem Händler mit alten Kleibern unterscheidet. In dem Zusammenbruch seines Werks, das einst so hoch gepriesenen, steht man jetzt — es steht wirklich wörtlich so in der Frankfurter Zeitung — einen „Bereinigungsprozeß der deutschen Wirtschaft“. Was mit anderen Worten bedeutet, daß Stinnes durch das, was er tat, die deutsche Wirtschaft be- schmutzt habe.

Uns Sozialisten jedoch steht es nicht an, weder an der früheren Verherrlichung noch an der jetzigen Verpeinung des

Mannes uns zu beteiligen. Uns lehrt der Vorgang aufs neue, wie wenig es schließlich im Gang der wirtschaftlichen Entwicklung auf die einzelne Persönlichkeit ankommt. Stinnes hat, wenn die jetzige Darstellung zutrifft, genau so gehandelt, wie jeder andere Mensch auch: er hat in jeder besonderen Lage das getan, was ihm nach den Umständen und nach seinen Mitteln für seinen augenblicklichen Zweck als das richtigste erschien. Was dabei schließlich herauskam, war keineswegs von ihm auf lange Sicht voraus erkannt und voraus gewollt, obgleich es tatsächlich das Ergebnis seiner einzelnen Handlungen war. Vermutlich hätte jeder beliebige Müller oder Schulze, sofern er nur mit durchschnittlicher Begabung ausgestattet war, an Stinnes Stelle genau ebenso gehandelt.

Darin liegt nun aber, daß kein „Werk“ — wenn wir es einmal so nennen wollen — weder durch seinen Tod noch durch die jetzigen Vorgänge wesentlich beeinflusst werden kann. Selbst die bürgerliche Presse erkennt an, daß die jetzige Auflösung wahrscheinlich auch eingetreten wäre, wenn Stinnes noch leben würde, weil sie durch die Umstände herbeigeführt ist. Man muß sich nämlich hüten, darin einen Rückschlag oder auch nur eine Verzögerung der Konzentration des Kapitals zu erblicken. Selbst wenn es zum offenen Konkurs kommt, wird der schließliche Erfolg vermutlich doch kein anderer sein, als daß diejenigen oder

ein Teil der Betriebe abgestoßen werden, die mit dem Kern des Konzerns in keinen organischen Zusammenhang gebracht werden können. Der übrig bleibende Kern dagegen wird um so kräftiger und rationeller organisiert werden, je es im Besitz der Familie Stinnes oder anderer Kapitalisten. Denn gesetzt selbst den äußersten Fall, daß die Stinnes all ihr Hab und Gut verlieren und ins Proletariat herabsinken, so werden ihre Fabriken eben von anderen Kapitalisten gekauft und weiter betrieben. Die Konzentration des Kapitals also und damit die Rationalisierung des Betriebes geht weiter. Nur freilich dürften die nächsten, unmittelbaren Folgen wieder grauenhaft sein für die Arbeiter und den kleinen Mittelstand: Stilllegung ganzer Werke, massenhafte Entlassungen, Verödung ganzer Ortschaften, Ruin der kleinen Händler und Handwerker, die bisher von der Arbeiterfundschaft gelebt haben usw. Mit einem Wort, das Traverspiel, das wir so lange schon kennen: die Höherentwicklung der Produktion erfolgt auf Kosten und unter furchtbaren Leiden der gesamten werktätigen Bevölkerung. Aber das kann freilich erst dann anders werden, wenn die zur Steigerung der Produktivität nötigen Maßnahmen planmäßig und mit Bewußtsein von der Gesamtheit und zum Nutzen der Gesamtheit vorgenommen werden, das heißt in einem sozialistischen Gemeinwesen.

J. B. H. u. a.

Die Zollvorlage, ihre Nutznießer und Opfer

Von Heinrich Ströbel

Die reaktionäre Reichsregierung hat es überaus eilig, die Mitte Mai dem Reichsrat unterbreitete Zollvorlage durchzusetzen. Bis zum 1. August soll sie unter Dach und Fach gebracht werden. Dieser Plan wird um so größeren Schwierigkeiten begegnen, als selbst der Reichswirtschaftsrat starke Einwendungen erhoben hat. Der Zolltarifschutz des Reichswirtschaftsrats ist nämlich am letzten Montag zu dem Ergebnis gekommen, daß die Zollvorlage „keine genügende Grundlage für langfristige Handelsverträge“ darstelle. So wenig Einmütigkeit sonst in dem Ausschuss zutage trat — für diese Auffassung fand sich eine Mehrheit. Das bedeutet freilich keineswegs, daß die Zollvorlage nunmehr ernstlich gefährdet sei. Die Regierung wird sich für ihren Entwurf nach wie vor mit aller Kraft einsetzen. Und die wirtschaftlich und politisch stärksten Mächte — Agrarier und Schwerindustrie — werden sich mit ihrem ganzen Einfluß hinter die Regierung stellen. Der Abwehrlampf der Leidtragenden des geplanten Zolltarifs, der Arbeiter, Landproletariat, Kleinbauer und verarbeitende Industrie, wird deshalb gleichfalls mit gesteigerter Entschlossenheit geführt werden müssen. Das wirtschaftliche Schicksal der großen Volksmehrheit hängt von dem Erfolg dieses Abwehrlampfes ab.

Bei der Zollvorlage handelt es sich keineswegs, wie Agrarier und Schwerindustrie gern behaupten, um ein Mittel zur Erlangung möglichst günstiger Handelsvertragsbedingungen. Vielmehr wollen sich Agrarier und Schwerindustrie auf Kosten der Volksmehrheit ein lüdenloses Monopol schaffen. Die ausländische Konkurrenz soll ausgeschlossen, die Preisdiktatur für Getreide und das wichtigste Rohmaterial der Industrie, für Eisen und Stahl, im Inlande gesichert werden. Die erhofften Gewinne für die Nutznießer dieser Monopolstellung und Preisdiktatur sind so groß, daß für sie alle Rücksichten auf die dabei entstehende Lage der deutschen Gesamtproduktion verschwinden.

Den stärksten Anstoß erregen die Getreidezölle und die Eisenzölle, die das Rückgrat der Zollvorlage bilden. Hier handelt es sich nicht um Vertragszölle, sondern ganz ausgedehnt um Prohibitivzölle, das heißt um Zölle, die jede Einfuhr abtöten sollen. Denn die Zölle sollen für Roggen, Weizen und Hafer mit Wirkung vom 1. August 1926 ab nicht unter 5 \mathcal{M} . oder 5,50 \mathcal{M} . für den Doppelzentner herabgesetzt werden, also weit höher sein, als zur Zeit der Verabschiedung der Schutzollpolitik. Und auch die Eisenzölle sollen um etwa 50 % über den Vorkriegszollfuß erhöht werden. In manchen Fällen soll der Zollfuß sogar verdoppelt und verdreifacht werden.

Betrachten wir zunächst die Agrarzölle. Die Sätze der Getreidezölle nannten wir bereits. Solange kein Handelsvertrag besteht, treten die sog. autonomen Sätze in Kraft, die sogar 7 \mathcal{M} . für den Doppelzentner Roggen und 7,50 \mathcal{M} . für den Doppelzentner Weizen betragen. Daneben sollen aber auch Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Fleisch, Gefrierfleisch, Schmalz, Butter, Büchsenmilch, Eier usw. mit hohen Zöllen belastet werden.

Die Folgen für die verbrauchende Bevölkerung liegen auf der Hand. Die Wehl-, Brot- und Fleischpreise, die Preise für die gesamte Lebenshaltung werden weiterhin gewaltig in die Höhe getrieben werden. Schon die Getreidezölle werden die Arbeiterfamilie schwer belasten. Eine Arbeiterfamilie von 6 Köpfen verbraucht 5 x 150 = 900 kg Getreide jährlich. Bei einem Zoll von 7 \mathcal{M} . bedeutet das eine Belastung allein des Brotes um mindestens 60 \mathcal{M} . bei einem Zoll von 5,50 \mathcal{M} . von etwa 50 \mathcal{M} . Dazu treten dann die Preissteigerungen auf Grund der Fleisch-, Kartoffel- und sonstigen Lebensmittelzölle.

Diese schwere Belastung der arbeitenden Schichten ist aber um so unerträglich, als die Landwirtschaft trotz künstlicher Preissteigerung keineswegs bedarf. Neben gewissen Industriezweigen und Schiebern hat sich seit Kriegsbeginn keine Berufsrichtung so glänzend gehalten, wie gerade die Landwirtschaft. Trotz der Zwangswirtschaft hat sie während des Krieges und während der Inflation infolge des Gleichschlages ihre Erzeugnisse zu ausgezeichneten Preisen abgesetzt. Nur sehr vorübergehend, kaum ein Jahr lang, sanken nach der Währungs-

stabilisierung die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter den Vorkriegspreis und unter den Stand der Industriepreise. Seit dem Herbst vorigen Jahres haben die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wiederum die Friedenspreise erheblich überschritten. Nach den Notierungen an der Berliner Börse erreichte der Weizenpreis, der im Jahre 1913 198,90 \mathcal{M} . betrug, im Mai 1915 die Höhe von 260,60 \mathcal{M} . der Roggenpreis war von 164,30 \mathcal{M} . im Jahre 1913 auf 222,80 \mathcal{M} . gestiegen. Die Fleischpreise und sonstigen Lebensmittelpreise hatten eine noch stärkere Steigerung erfahren. Nimmt man hinzu, daß sich die Landwirtschaft trotz der Aufwertung gleichzeitig um 10 bis 12 Milliarden Hypothekenschulden, also um eine halbe Milliarde jährlicher Zinsverpflichtungen, entlastet hat, so besteht keinerlei fittliche Vererdigung für die beachtlichsten Schutzzölle.

Wie dagegen steht es mit der Arbeiterklasse, die den größten Teil der Agrarzolllasten zu tragen hat? Ihre Löhne bleiben, trotzdem die deutschen Preise im Durchschnitt den Weltmarktpreis längst erreicht haben, ungeheuer weit hinter den Löhnen anderer europäischer Industrieländer zurück. Die Kaufkraft der deutschen Arbeiterlöhne ist also beträchtlich gesunken. Trotzdem sollen die Arbeiter jetzt mit dem Tribut der landwirtschaftlichen (und industriellen) Schutzzölle belastet werden. Und obwohl ihnen noch anderweitige schwere Lasten drohen. So sollen die heutigen Mietten bis zum 1. April nächsten Jahres um ein Drittel gesteigert, nämlich auf die Höhe der Friedensmieten gebracht werden. Aber damit will sich der Hausbesitz nicht begnügen. Gemeinam mit den anderen Besitzschichten kämpft er rastlos dafür, daß baldigt die freie Wohnungswirtschaft wiederhergestellt wird. Geheißt das, so drohte den Arbeitern gar eine Verdoppelung und Verdreifachung der Mietpreise.

Wer aber hat den Vorteil von den Getreidezöllen? Keineswegs die gesamte Landwirtschaft. Keineswegs die große Masse der Kleinbauern, sondern nur jenes Kaputtgestellte Landwirte, das mehr Getreide baut, als es selbst verbraucht. Zahlreiche kleine Landwirte und vor allem die Landarbeiter haben denn auch bereits lebhaften Einspruch gegen die geplanten Getreidezölle erhoben. Aber auch gegen die Eisenzölle haben nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer der verarbeitenden Industrie scharfen Einspruch erhoben. Weisheitsweise hat der württembergische Industrie- und Handelsstag, dem alle acht württembergischen Kammern angehören, entschiedene Verwahrung gegen die Erhöhung irgendwelcher Zölle auf Rohisen und Halbzeug eingelegt. Das nämliche geschah von der Münchner Handelskammer. Diese hat sogar eine wesentliche Herabsetzung der Vorkriegszölle gefordert. Eine Erhöhung der Zölle auf Rohisen und Halbzeug, so führte sie in einer Entschlüsselung aus (laut Frankf. Ztg. vom 3. Juni 1925, Nr. 404), käme einzig und allein der eisenhaltigen Industrie zugute, schädige aber aufs schwerste die eisenverarbeitende Industrie. Der Schaden treffe nicht nur die Ausfuhrindustrie, deren Ausfuhrfähigkeit geradezu bedroht werde, sondern auch die Erzeugung für den Inlandmarkt und die gesamte einheimische Verbraucherschaft. Ganz besonders würden sich die Eisenzölle und die damit verbundenen Preissteigerungen für die gesamte deutsche Bauindustrie auswirken. Aber auch in zahllosen anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere bei der auf den Bezug landwirtschaftlicher Maschinen angewiesenen landwirtschaftlichen Bevölkerung. Nicht auf eine Verteuerung, sondern auf eine mögliche Preiserhöhung der Grundstoffe Rohisen und Halbzeug müsse hingewirkt werden.

Ob diese Proteste Erfolge haben werden? Wie während der Inflation wird abermals die Schwerindustrie alle Mühen spritzen lassen, um ihren Willen zum Schaden der Volksgesamtheit durchzusetzen. Die eisenzeugende Industrie beschäftigt zwar nach den Angaben der Reichsarbeitsverwaltung nur 321 863 Arbeiter, die Metall- und Maschinenindustrie dagegen 2 066 262, aber sie verfügt dennoch über ungeheuren Einfluß. Die Absichten der eisenzeugenden Industrie, die heute im wesentlichen in Rheinland-Westfalen zu Hause ist — zwölf

